



... zur Bürgerschaftswahl Bremen 2023
14. Mai 2023



Folgende acht Statements wurden den Parteien anlässlich der Bürgerschaftswahl Bremen mit Bitte um Positionierung und Begründung ihrer Position zugesandt. Die Einordnung und Begründungen wurden von den Parteien selbst getroffen.

Version 2023-03-16

Download Emoji-Tabelle

Download Poster



Politik	CDU BREMEN	Freie Demokraten FDP	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	PARTEI der HUMANISTEN	DIE LINKE. BREMEN UND BREMERHAVEN	PIRATENPARTei	SPD Stark für dich.	Voit
Pflege								
Anerkennung von Leistungen & soziale Absicherung per Pflegeberufegratifikationsschein (PBGS) Details: https://tinyurl.com/PB-Gratifikation	😊	😞	😊	😊	😊	😊	😊	😊
Prio beruflich Pflegenden bei der Zuteilung von Kinderbetreuungsplätzen	😐	😞	😊	😞	😐	😐	😊	😞
Verbindliche Pflegepersonalvorgaben in der stationären Langzeitpflege nachts, max. 30 Bewohner:innen pro Pflegefachperson!	😊	😊	😊	😊	😊	😞	😊	😞
Verbindliche Pflegepersonalvorgaben ins Krankenhausgesetz und deren Einhaltung kontrollieren	😊	😊	😊	😊	😊	😊	😊	😊
Pflegende mit erweiterten Kompetenzen in der Regelversorgung einsetzen	😐	😊	😊	😊	😊	😊	😊	😊
„Chief Government Nurse“ zur politischen Mitgestaltung von Gesundheitsstrategien etablieren	😊	😞	😊	😊	😊	😊	😊	😊
Einsatz für pflegebezogene Weiterbildungen und Spezialisierungsmöglichkeiten	😊	😊	😊	😊	😊	😊	😊	😊
Mindestens 30% der Pflegenden an Hochschulen ausbilden	😊	😐	😊	😐	😊	😊	😊	😊

Zustimmung: 😊 ja 😐 neutral 😞 nein

Alle Details zu den Positionen auf www.dbfk-pflegomat.de

Details →
1/19

POSITION 1

<p>POSITION 1</p>	<p>Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss sich dafür einsetzen, dass Belastungen im Pflegeberuf kompensiert und Leistungen anerkannt werden. Ein vom DBfK geforderter Pflegeberufegratifikationschein (PBGS), der u.a. die Möglichkeit des früheren Renteneintritts vorsieht, stellt eine gute Option dar.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
<p>CDU</p>	<p>Wertschätzung über Entlohnung, Lebensalter und Arbeitsbedingungen ja. Die Leistungen im Pflegeberufegratifikationschein sind tarifrechtlich/ betriebsrechtlich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen auszuhandeln.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>FDP</p>	<p>Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel, Belastungen im Pflegeberuf zu kompensieren. Allerdings sind nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen zustimmungsfähig. Dies betrifft insbesondere die Besserstellungen von Pflegenden im Rentensystem. Aufgrund des verfassungsrechtlich verankerten Gleichbehandlungsgrundsatzes ist es grundsätzlich nicht möglich, einzelne Berufsgruppen im Rentensystem anders zu behandeln, als andere, etwa durch ein früheres Renteneintrittsalter. Wenn dann müsste man das Renteneintrittsalter für alle senken. Eine Senkung des Renteneintrittsalters ist jedoch aufgrund des jetzt schon extrem strapazierten Rentensystems und des sich weiter verstärkenden demografischen Wandels unrealistisch. Im aktuellen Bundeshaushalt muss der Bund jährlich 112 Mrd. € in das Rentensystem zuschießen. Das Rentensystem muss somit insgesamt stabilisiert werden. Auf Bundesebene führen wir daher gerade den Einstieg in das Generationenkapital nach dem Vorbild der kapitalgedeckten skandinavischen Rentensysteme durch.</p>	<p>Ablehnung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung bekommen, eine angemessene Bezahlung, mehr Zeitsouveränität sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation erhalten, die durch die Nutzung fundierter, wissenschaftlicher Personalbemessungsinstrumente umsetzbar ist. Der PBGS ist eine sinnvolle Maßnahme, für deren</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>

	Umsetzung wir uns auf Bundesebene einsetzen werden.	
HUMANISTEN	Um Pflegeberufe für junge Menschen attraktiver zu machen, befürworten wir einige der im PBGS beschriebenen Maßnahmen, wie z.B. eine 35h-Woche (nicht erst ab 50) oder zusätzliche Urlaubstage. Jedoch distanzieren wir uns von Maßnahmen, die zu ungleicher Verteilung staatlicher Mittel unter Erwerbstätigen (z.B. früheres Renteneintrittsalter) führen.	Zustimmung 
LINKE	<p>Die Arbeit von Pflegekräften in Bremen ist von teils katastrophalen Bedingungen geprägt, wir setzen uns daher mit Nachdruck für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflege ein. Wir können dabei nicht auf Initiativen auf Bundesebene warten. Wollen wir für eine schnelle Entlastung der Pfleger*innen sorgen, müssen konzentrierte Beschäftigungsoffensiven mit bedeutenden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (wie reduziertes Renteneintrittsalter, reduzierte Wochenarbeitsstunden bei vollem Lohnausgleich, bessere Pflegeschlüssel usw.) einhergehen.</p> <p>Weil wir dabei in öffentlichen Einrichtungen am direktesten wirken können, gilt es, die öffentliche Hand in der Pflege zu stärken, beispielsweise auch durch die Gründung eines kommunalen Altenpflegeträgers. Durch die Sicherstellung von guten Arbeitsbedingungen in kommunalen Einrichtungen soll auch Druck auf die Einrichtungen anderer Träger ausgeübt werden. Diese werden sich auf Grund des Fachkräftemangels anpassen müssen. Daneben wollen wir aber auch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in nicht-öffentlichen Einrichtungen prüfen und umsetzen.</p>	Zustimmung 
PIRATEN	Keine Ausführung der Positionierung genannt	Zustimmung 
SPD	Für die SPD ist klar, dass wir die Attraktivität von Pflegeberufen steigern müssen, um Pflegekräfte länger in ihrem Beruf und in der Berufstätigkeit zu halten. Der Vorschlag eines PBGS, der die langjährige systemrelevante Leistung von Pflegekräften in unserer Gesellschaft honoriert, ist ein sinnvoller Ansatz. Seine	Zustimmung 

	einzelnen Elemente werden wir prüfen und politisch diskutieren.	
VOLT	Es muss unser gesellschaftliches Ziel sein, beruflich Pflegende in ihren Berufen zu halten und für Berufseinsteiger*innen attraktiv zu gestalten, anders werden wir unserer Demographie kaum gerecht. Um das zu erreichen muss die Arbeitsbelastung gesenkt werden. Volt stimmt den Forderungen des DBfK nach einem Pflegeberufegratifikationsschein zu.	Zustimmung 

<p>POSITION 2</p>	<p>Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten, indem sie für eine bevorzugte Zuteilung von Kita-, Hort- und anderen Betreuungsplätzen für Kinder beruflich Pflegender sorgt.</p>	<p>Zustimmung <input type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
<p>CDU</p>	<p>Der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen trifft alle Bereiche und verstärkt den Fachkräftemangel insgesamt, wenn Eltern nicht arbeiten können. Wir setzen auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze.</p>	<p>Neutral <input type="radio"/></p>
<p>FDP</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Um mehr Kita-Plätze zu schaffen, wollen wir in Zukunft die Datengrundlage und den Datenaustausch verbessern, um besser voranzuplanen. Außerdem muss die Planung und der Bau von neuen KiTas beschleunigt werden. Die Öffnungszeiten der KiTas werden wir deutlich flexibilisieren. Damit sollen diese besser an die Lebensrealität der Menschen angepasst werden. Vor allem für solche, die im Schichtdienst arbeiten, wie es auch bei Pflegenden häufig der Fall ist. Hierfür soll es in jedem Stadtteil mindestens eine KiTa geben, die von 5-23 Uhr geöffnet hat. Zudem wollen wir ein nachfragedeckendes Angebot an 24h-KiTas einführen. Eine rechtliche Bevorzugung der Kinder einzelner Berufsgruppen lehnen wir jedoch aus guten Gründen der Gleichbehandlung ab.</p>	<p>Ablehnung <input type="radio"/></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Der Ausbau der Randzeiten in der Kitabetreuung ist uns ein wichtiges Anliegen. Hierbei sollten die Randzeiten denjenigen zur Verfügung stehen, die im Schichtdienst arbeiten. Dazu gehören ganz klar beruflich Pflegende.</p>	<p>Zustimmung <input type="radio"/></p>
<p>HUMANISTEN</p>	<p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt für viele Menschen einen wichtigen Faktor bei der Berufswahl dar. Jedoch gibt es neben Tätigkeiten im Gesundheitswesen noch viele andere Berufsfelder, wo z.B. Schichtdienst und Bereitschaftsdienst üblich sind. Eine Bevorzugung beruflich Pflegender ist</p>	<p>Ablehnung <input type="radio"/></p>

	<p>daher nicht gerecht. Stattdessen müssen die Arbeitgeber bessere Planbarkeit ermöglichen und bei spontanen Planänderungen die Mehrkosten für z.B. Babysitter kompensieren. Das Problem der mangelnden Betreuungsplätze muss stattdessen an der Ursache bekämpft werden.</p>	
LINKE	<p>Generell ist unser Ziel, eine gute und ausreichende Versorgung bei der Kinderbetreuung in Bremen zu erreichen. Insbesondere für Pflegekräfte, die häufig im Schichtdienst arbeiten, bestehen derzeit jedoch keine ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten und auch insgesamt fehlt es an Kitaplätzen.</p> <p>Mit der Etablierung und Förderung von an die besonderen Bedarfe von Schichtarbeiter*innen ausgerichtete Betreuungsarten sowie mit an Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen angebondenen Kitaplätzen wollen wir für Pflegekräfte ein ausreichendes Betreuungsangebot schaffen. Dies haben wir auch in unserem Programm zur Bürgerschaftswahl und in unserem Konzept einer sorgenden Stadt ausführlicher dargestellt.</p> <p>Eine bevorzugte Zuteilung von Betreuungsplätzen anhand der Berufsgruppe halten wir für schwierig. Man müsste folglich definieren, welche Berufsgruppe oder welche weiteren Kriterien zu einer bevorzugten Zuteilung berechtigen.</p>	<p>Neutral </p>
PIRATEN	<p>Grundsätzlich muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alle gewährleistet sein; das geht nicht über die Bevorzugung von Berufsgruppen, sondern nur über ausreichendes Angebot an Plätzen.</p>	<p>Neutral </p>
SPD	<p>Ziel der SPD ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der gesamten Arbeitswelt. Die Bereitstellung von genügend Betreuungsplätze für alle Kinder ist dabei der zentrale Baustein, an dem wir im Land Bremen auf Hochtouren arbeiten und weiter arbeiten werden. Dabei sehen wir auch die Arbeitgeber in der Pflicht, ein familienfreundliches Arbeitsumfeld und bei entsprechender Größe auch eigene Kitas für die Mitarbeitenden zu schaffen. Gleichzeitig ist uns klar, dass in den systemrelevanten Berufen des Pflege- und Gesundheitssektors, in denen auch überdurchschnittlich viele Frauen und Alleinerziehende arbeiten, eine auskömmliche und</p>	<p>Zustimmung </p>

	<p>verlässliche Kinderbetreuung eine besondere Relevanz hat. Während der Corona Pandemie haben wir deswegen sichergestellt, dass Eltern, die als beruflich Pflegende arbeiten, Anspruch auf die auf wenige Berufsgruppen beschränkte Kita-Notbetreuung hatten. Diese Bevorzugung war auch in der Nachbetrachtung richtig.</p>	
VOLT	<p>Nein. Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss dafür sorgen, dass es Kita-, Hort- und andere Betreuungsplätze für alle Kinder gibt. Es sollen aber vermehrt Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Bedürfnisse von Schichtarbeitenden berücksichtigen.</p>	<p>Ablehnung </p>

POSITION 3	<p>Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss weiterhin verbindliche Vorgaben zur Personalbesetzung im Nachtdienst in der stationären Langzeitpflege machen. Für je 30 Bewohner:innen muss mindestens eine Pflegefachperson anwesend sein.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
CDU	<p>Das Ziel ist erstrebenswert, Bremen liegt aktuell bei 1:40, und der Personalbedarf kann durch angeleitete Kräfte ergänzt werden.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
FDP	<p>Mindestpersonalvorgaben sind nötig, um die Qualität der Pflege zu sichern. Die Kranken und Pflegenden müssen im Mittelpunkt aller Festlegungen stehen. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bundeseinheitliche Personalbemessung ein. Dabei müssen alle Kräfte und der erforderliche und konkrete Personalmix berücksichtigt werden. Verstöße gegen Mindestvorgaben müssen verfolgt und ihnen muss abgeholfen werden. Das größte und ursächliche Problem ist jedoch Fachkräftemangel im Pflegebereich. Dieser muss behoben werden, damit die Vorgaben auch erreicht werden können, bspw. durch qualifizierte Zuwanderung und Motivation zur Wiederaufnahme der Arbeit in der Pflege.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
GRÜNE	<p>Die Personalmindestverordnung für das Land Bremen wird 2023 evaluiert und neu angepasst werden. Diese Evaluation werden wir eng begleiten und uns dafür einsetzen, dass die Fachkraftquote auch im Nachtdienst entsprechend ausgestattet wird.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
HUMANISTEN	<p>Die hohe Belastung von Pflegefachpersonen ist eine der Hauptgründe für den Mangel an Menschen, die diese Tätigkeiten ergreifen wollen. Konsequente Vorgaben bei der Besetzung sind daher essentiell.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
LINKE	<p>Auch in der Nacht gilt es eine gute Versorgung sicherzustellen, die auch die Sicherheit und die Gesundheit der Pflegekräfte in den Blick nimmt. Verbindliche Personalvorgaben sind hierfür unerlässlich. In der stationären Pflege muss zusätzlich gelten: Keine Nacht alleine!</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>

<p>PIRATEN</p>	<p>Eine Pflegefachkraft auf 30 Bewohner:innen ist viel zu wenig! In geriatrischen Abteilungen von Krankenhäusern liegt die gesetzliche Untergrenze derzeit bei einer Pflegefachkraft pro 20 Patienten im Nachtdienst. In Pflegeeinrichtungen darf sie nicht schlechter sein. In den Niederlanden liegt das Verhältnis im Durchschnitt bei 7 Patienten pro Pflegefachkraft. Bei Pflegeschlüsseln muss außerdem unbedingt Urlaubs- und Krankheitsausfall in die Berechnung einbezogen werden. Konkret bedeutet das, der Pflegeschlüssel darf sich nicht auf die personelle Vollbesetzung beziehen, sondern auf die tatsächlich arbeitenden Kräfte.</p>	<p>Ablehnung </p>
<p>SPD</p>	<p>Im Sinne von Pflegebedürftigen und beruflich Pflegenden sind die verbindlichen Vorgaben zur Personalbesetzung im BremWoBeG bzw. in der dazugehörigen Personalverordnung eine sinnvolle Regelung, deren Weiterführung wir ausdrücklich unterstützen. Mit der derzeitigen Mindestpräsenzregelung nimmt Bremen bereits eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern ein. Eine Veränderung des Betreuungsschlüssels im Nachtdienst von derzeit 1:40 auf 1:30 werden wir unter Einbeziehung der differenzierten Bewertung des Instruments im Abschlussbericht zur Evaluation des BremWoBeG und der BremWoBeGPersV von Rothgang et al. fachlich beraten und unterstützen, wenn sie eine Verbesserung im Alltag der zu Pflegenden und beruflich Pflegenden verspricht.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>VOLT</p>	<p>Nein. Wir setzen uns für eine bundesweit einheitliche Lösung ein. Wenn hier keine Lösung gefunden wird, wollen wir die Maßnahmen auf Landesebene anpassen um sowohl dem Patient*innenwohl als auch den Bedürfnissen der Pflegekräfte gerecht zu werden.</p>	<p>Ablehnung </p>

<p>POSITION 4</p>	<p>Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss (neben möglichen bundesgesetzlichen Vorgaben zur Personalbemessung) verbindliche Pflegepersonalvorgaben im Krankenhausgesetz verankern und deren Einhaltung kontrollieren lassen.</p>	<p>Zustimmung </p> <p>Neutral </p> <p>Ablehnung </p> <p>Keine Antwort </p>
<p>CDU</p>	<p>Hierbei ist eine enge Abstimmung zwischen Bund-Ländern erforderlich.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>FDP</p>	<p>Hier gilt dasselbe wie bei Frage 3.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Qualitativ hochwertige Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen und eine bedarfsgerechte Personalausstattung. Daher streben wir die Einführung einer bundesweit einheitlichen, bedarfsgerechten Personalbemessung auf allen Stationen sowohl in den Krankenhäusern als auch in der Altenpflege an. Eine gesetzliche Verankerung und entsprechende Kontrollmechanismen sind für uns grundsätzliche Ziele.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>HUMANISTEN</p>	<p>Wenn möglich, begrüßen wir bundeseinheitliche Regelungen. Die hohe Belastung von Pflegefachpersonen ist eine der Hauptgründe für den Mangel an Menschen, die diese Tätigkeiten ergreifen wollen. Daher müssen mögliche Defizite in der Personalbemessung spätestens auf Landesebene ausgeglichen werden.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>LINKE</p>	<p>Für gute Arbeitsbedingungen in der Pflege sind feste Personalvorgaben zentral. Wir wollen für die Durchsetzung dessen alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf Landesebene nutzen und setzen uns auch weiterhin für die bundesweite Einführung einer bedarfsgerechten Personalbemessung in der Pflege ein.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>PIRATEN</p>	<p>Es gibt seit 2021 ein entsprechendes Bundesgesetz, siehe hier: <u>Pflegepersonaluntergrenzen im Krankenhaus (bundesgesundheitsministerium.de)</u></p>	<p>Zustimmung </p>

	Dieses Gesetz kann 1:1 übernommen und auf Pflegeeinrichtungen übertragen werden. Die Einhaltung muss überwacht werden, insbesondere auch die Einbeziehung von Ausfallzeiten durch Urlaub und Krankheit der Pflegekräfte.	
SPD	Eine angemessene Personalausstattung in der Pflege ist essentiell, sowohl für die Qualität der Patientenversorgung als auch für die Arbeitssituation der Pflegekräfte. Wir setzen uns daher für die Einführung verbindlicher Personalbemessungsinstrumente ein, die auf Bundesebene erfolgen und in Bremen umgesetzt werden muss.	Zustimmung 
VOLT	Um gefährlicher Pflege und einer zu hohen Arbeitsbelastung, psychisch/ physisch, vorzubeugen sollten feste Personaluntergrenzen für die verschiedenen Stationen und Dienste ermittelt werden. Dies sollte bestmöglich von den Pflegekräften selbst erarbeitet werden, möglich ist dies in einer Pflegeberufekammer, wie es sie schon in anderen Bundesländern gibt. Diese sollten in erster Linie auf Bundesebene geregelt werden.	Zustimmung 

POSITION 5	<p>Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss sich zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgung dafür einsetzen, dass Pflegefachpersonen mit erweiterten Kompetenzen in der Regelversorgung eingesetzt werden – z. B. Advanced Practice Nurses im Krankenhaus, Community Health Nurses in den Stadtteilen.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
CDU	<p>Zur Bewältigung des Fachkräftemangels, nicht nur in der Pflege, wollen wir die Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Qualifizierung von Arbeitslosen, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und bei der gezielten Anwerbung von Fachkräften im Ausland deutlich erhöhen.</p>	<p>Neutral <input checked="" type="radio"/></p>
FDP	<p>Wir benötigen Menschen mit erweiterten Qualifikationen, die das Gesundheits- und Pflegesystem ergänzen und unterstützen. Ohne Einbeziehung der Chancen, die diese Personen bieten, werden die wachsenden Aufgaben nicht zu bewältigen sein.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
GRÜNE	<p>Die Krankenhausversorgung muss bedarfsgerecht und wohnortnah erfolgen. Dafür werden integrierte ambulante/stationäre Krankenhäuser mit kompetenter Leitung, wie von der Regierungskommission vorgeschlagen, notwendig werden. Hier muss und wird die professionelle Pflege eine bedeutende Rolle haben.</p> <p>Mit der Schaffung der Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren haben wir Pflegefachkräfte entsprechend dem Community Health-Ansatz eingesetzt. Dieses Konzept wird weiter ausgebaut werden. Durch kommunale medizinische Versorgungszentren und Gesundheitspunkte werden die Aufgaben von Pflegefachkräften in diesem Bereich ausgebaut.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
HUMANISTEN	<p>Ein qualifikationsgerechter Einsatz von Personal, sowie die Weiterbildungschancen mit der Aussicht, die erworbenen Fähigkeiten einzubringen, sind ein wichtiger Baustein für die Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>

<p>LINKE</p>	<p>Das Berufsbild der Pflegefachkräfte muss sich weiterentwickeln und ihre Expertise voll ausgenutzt werden. In den von uns geplanten Gesundheits- und Sorgezentren soll den Pflegekräften eine entscheidende Rolle zukommen. Die derzeit bereits eingesetzten Präventionsfachkräfte im Quartier, die alle auch eine pflegerische Ausbildung absolviert haben, wollen wir verstetigen und weitere Stellen schaffen. Sie sollen eng an die Gesundheits- und Sorgezentren angebunden sein. Zudem sollen auch am Gesundheitsamt vermehrt Stellen für Präventions- und Pflegefachkräfte geschaffen werden, um auch hier die pflegerische Expertise stärker zu berücksichtigen. Aber auch im teil- und vollstationären Bereich soll Pflegefachpersonal mit erweiterten Kompetenzen insbesondere zur Verbesserung der interdisziplinären Koordination und Zusammenarbeit eingesetzt werden. Sie sollen die fachgerechte Betreuung bestimmter Patient*innen übernehmen, wie zum Beispiel im Rahmen eines Wundteams die Versorgung chronischer Wunden, oder der ambulanten Versorgung multimorbider Patient*innen.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>PIRATEN</p>	<p>APN sind international längst etabliert; die Verbesserung der Pflege durch sie ist längst ausreichend nachgewiesen.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>SPD</p>	<p>Wir unterstützen jede Weiterentwicklung des Pflegeberufes auf Bundesebene, welche dazu dient, Pflegefachkräfte zu stärken und die Versorgung von zu Pflegenden zu verbessern. Als SPD haben wir zudem unter dem Schlagwort „Pflege im Quartier“ auf den Weg gebracht, dass Pflege zukünftig stärker im Quartier verankert wird. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Angebotslücken im Quartier geschlossen werden und die pflegerische Versorgung im Quartier gestärkt wird.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>VOLT</p>	<p>Wir wollen ein diverseres Tätigkeitsfeld auch mit mehr Kompetenzen für Pflegefachkräfte. Dazu gehören auch Advanced Nurses, Community Health Nurses oder School Nurses.</p>	<p>Zustimmung </p>

POSITION 6	Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss eine „ Chief Government Nurse “ etablieren, die künftig eine wesentliche Rolle für Planung, Entwicklung, Implementierung und Evaluation von Gesundheitsstrategien einnimmt.	Zustimmung  Neutral  Ablehnung  Keine Antwort 
CDU	„Chief Government Nurse“ i.S.v. Pflegebeauftragte für Alten- und Krankenpflege. Können wir uns vorstellen, da keine Pflegekammer existiert und auch die Wohn- und Betreuungsaufsicht im Land Bremen nicht funktioniert. Befugnisse nicht nur Planung, Entwicklung, Implementierung, sondern auch Kontrollfunktionen.	Zustimmung 
FDP	Die Aufgaben obliegen dem Sozial- und Gesundheitsressort, mithin der Sozial- und Gesundheitsministerin. Nicht eine weitere Person ohne Entscheidungskompetenz, sondern eine abgestimmte Politik der zuständigen, verantwortlichen Ministerinnen bzw. Ministern sind nötig.	Ablehnung 
GRÜNE	Die Gesundheitsämter als zentrale Stellen für Pandemieprävention, Bevölkerungsschutz und öffentliche Gesundheitsvorsorge wollen wir auch personell dauerhaft stärken. Die Rolle von Pflegefachkräften wird somit im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes gestärkt werden. Zu dem fordern wir eine Pflegebevollmächtigte für das Land Bremen.	Zustimmung 
HUMANISTEN	Wie ein Bericht der WHO aus dem Jahr 2015 zeigt, sind Chief Government Nursing Offices eine gute Plattform für den Austausch zwischen Pflegefachpersonal und Regierungen. Wichtig ist dabei vor allem die Pflicht der Verantwortlichen, ihre Entscheidungen gegenüber den Betroffenen zu rechtfertigen und zu begründen. Das schafft Transparenz und Verantwortlichkeit.	Zustimmung 
LINKE	Wir befürworten die institutionelle Partizipation derjenigen, die praktischen Einblick haben. Diese ist essentiell für politische Entscheidungen, die sich an den tatsächlich in der Praxis vorherrschenden Verhältnissen orientieren. Die Berufsgruppe der Pflege	Zustimmung 

	ist derzeit nicht ausreichend in institutionelle und politische Entscheidungen eingebunden. Daher wollen wir prüfen, welche Möglichkeiten geeignet sind, um die Mitbestimmung der Pflege zukünftig zu stärken und diese fördern.	
PIRATEN	Die Pflege ist leider seit jeher ein Stiefkind in der medizinischen Versorgung, dabei sollte sie bereits in der Planung und Entwicklung eine tragende Rolle spielen.	Zustimmung 
SPD	Wir setzen uns für die Schaffung einer Pflegebeauftragten bzw. eines Pflegebeauftragten ein, der*die die Interessen der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer die Interessen der in der Pflege Beschäftigten wahrnimmt und sich für eine Verbesserung der Pflege einsetzt.	Zustimmung 
VOLT	Wir unterstützen die Einrichtung einer Chief Government Nurse auf strategischer Ebene in der Bremischen Politik.	Zustimmung 

POSITION 7	<p>Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss sich zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Versorgung für pflegebezogene Weiterbildungen und Spezialisierungsmöglichkeiten insbesondere für generalistisch ausgebildete Pflegefachpersonen einsetzen.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
CDU	Keine Ausführung der Positionierung genannt	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
FDP	Wir benötigen neben Pflegehilfskräften und generalistisch ausgebildeten Personen auch Menschen mit weiteren Qualifikationen, die spezielle Aufgaben wahrnehmen und ärztliches Personal entlasten können.	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
GRÜNE	Die Aus- und Weiterbildung von pflegerischem Personal ist essenziell für eine hochwertige Versorgung und Pflege. Pflegekräfte müssen die Aussicht haben, sich beruflich weiter qualifizieren zu können und aufzusteigen. Wir setzen uns dafür ein, dass nötige Weiterbildungen in ausreichender Anzahl in Bremen angeboten werden. In diesem Jahr werden die ersten generalistisch ausgebildeten Pflegefachkräfte fertig. Die Evaluation werden wir mit den entsprechenden Berufsverbänden begleiten und nötige Anpassungen politisch unterstützen.	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
HUMANISTEN	Eine gute Belegschaft hat eine ausgewogene Verteilung von Menschen mit breit gefächerten und stark fokussierten Kompetenzbereichen. Gute Weiterbildungschancen, die den Erwerbstätigen ermöglichen Kompetenzlücken im System zu füllen, sind daher unerlässlich.	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
LINKE	Die Möglichkeit zur Weiterbildung und Spezialisierung für generalistisch ausgebildete Pflegekräfte halten wir für sinnvoll, um berufliche Weiterentwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Pflegekräfte zu bieten. Weiterbildung und Spezialisierung wollen wir daher umfänglich ermöglichen und so ausgestalten, dass sie auch neben der Berufspraxis in Teilzeit und bezahlt möglich sind.	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>

PIRATEN	Keine Ausführung der Positionierung genannt	Zustimmung 
SPD	Keine Ausführung der Positionierung genannt	Zustimmung 
VOLT	Um eine qualitativ hochwertige Versorgung durch Pflegekräfte sicherstellen zu können, bedarf es weiterhin ein stetig ausgebautes Angebot an Fort- und Weiterbildungen. Insbesondere im Hinblick auf Qualifizierungsmöglichkeiten von Pflegefachpersonen.	Zustimmung 

POSITION 8	Die zukünftige Bremische Bürgerschaft muss den Anteil der hochschulischen Ausbildungsquote durch zusätzliche pflegebezogene Studienplätze und Studiengänge auf mindestens 30% erhöhen.	Zustimmung <input checked="" type="radio"/> Neutral <input type="radio"/> Ablehnung <input type="radio"/> Keine Antwort <input type="radio"/>
CDU	Keine Ausführung der Positionierung genannt	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
FDP	Ein Mehr an akademisch ausgebildeten Pflegepersonen ist wünschenswert und wird von uns Freien Demokraten unterstützt. Zugleich bieten auch die dualen und schulischen Ausbildungssysteme sehr gute Qualifikationen. Hinsichtlich der Quote muss es zugleich eine weitere Diskussion über die angemessene Höhe geben.	Neutral <input checked="" type="radio"/>
GRÜNE	Die Einführung des Internationalen Studiengangs Pflege hat sich als großer Erfolg gezeigt. Für den Studiengang haben sich deutlich mehr Personen beworben, als Studienplätze verfügbar sind. Aufgrund des Fachkräftemangels ist es unbedingt notwendig, die Studienkapazitäten deutlich zu erhöhen und die Angebote auszuweiten. Wir setzen uns deshalb stark dafür ein, mehr Studienplätze anbieten zu können. Gleichzeitig bedarf es einer konzeptionellen Anpassung für Praxisanleitung in den Einrichtungen. Dies betrifft Weiterbildung, Freistellung und Refinanzierung.	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
HUMANISTEN	Um die Belastung von Pflegefachpersonal zu reduzieren, ist es besonders wichtig, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, möglichst effizient zu haushalten. Menschen mit Hochschulabschluss sind wichtig für unser Gesundheitssystem, binden jedoch auch mehr dieser Ressourcen. Wichtiger ist die bedarfsgerechte Versorgung des Arbeitsmarktes mit Fachpersonal.	Neutral <input checked="" type="radio"/>
LINKE	Zur Aufwertung des Pflegeberufs und der damit einhergehenden Steigerung der Attraktivität des Berufs sowie zur Verbesserung der Qualität der pflegerischen Versorgung gehört auch die	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>

	Professionalisierung der Pflege. Diese ist auch auf Grund der gestiegenen Komplexität des Pflegeberufs notwendig. Um die Akademisierung in diesem Bereich voranzutreiben, wollen wir die Zahl der pflegebezogenen Studienplätze in Bremen erhöhen.	
PIRATEN	Keine Ausführung der Positionierung genannt	Zustimmung 
SPD	Für uns ist die Sicherstellung von guter und ausreichender Pflege ein essentielles Zukunftsthema im Sinne der Daseinsvorsorge. Der Pflegefachkräftemangel in allen Sektoren gefährdet in zunehmendem Maße die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen. Eine zentrale Maßnahme um diesem Trend entgegenzuwirken ist eine deutliche Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für alle Gesundheits- und Pflegeberufe in Bremen. Im Zuge der Akademisierung von Gesundheitsberufen impliziert das insbesondere auch den Ausbau der hochschulischen Ausbildungskapazitäten im Land Bremen. Ein wichtiges Anliegen ist uns zudem, die Schaffung von Unterstützungsmaßnahmen und -programmen, die auf die Verringerung der hohen Zahl von Ausbildungsabbrüchen abzielen.	Zustimmung 
VOLT	Ja, wir unterstützen diese Forderung um die vom deutschen Wissenschaftsrat empfohlene Quote von 20% in Gesundheitsfachberufen zu erreichen und so einer professionellen eigenverantwortlichen Weiterentwicklung des Berufsstandes beizutragen.	Zustimmung 